

die Erklärung grundsätzlich zu eng angelegt, so daß wegen ihrer Einseitigkeit der positive Friedenswille der Kirche nicht erkennbar wird.

4. Es ist Pflicht, den jungen Menschen in ihrer Gewissensfrage beizustehen, ob sie den Wehrdienst leisten oder verweigern wollen. Nachdem die Kirche in der BRD sich endlich dazu durchgerungen hat, Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer einzurichten (wobei von einem Ausbau in allen Diözesen überhaupt noch nicht die Rede sein kann), ist es dringend notwendig, mehr als bisher von den Wehrpflichtigen eine Gewissensprüfung zu fordern. Insofern ist der Forderung des politischen Beirats nach umfassender Gewissensberatung durch die Kirche voll zuzustimmen.

5. Wenn „der Friede nicht einfach Nicht-Krieg ist“ (Pastoralkonstitution, Nr. 78), wenn der Friede sich nicht „auf das Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte zurückführen läßt“ (Pastoralkonstitution, Nr. 78), wenn „der Friede niemals endgültiger Besitz ist, sondern immerwährende Aufgabe“ (Pastoralkonstitution, Nr. 78), dann formuliert das II. Vatikanische Konzil einen dynamischen Friedensbegriff, der in der Erklärung des politischen Beirats des ZdK nicht übernommen wird. Das II. Vatikanische Konzil hat eine Hoffnung bezeugt, nach der sich der Mensch von der Knechtschaft des Krieges befreien und Konflikte in humaner Weise austragen kann. Die Kirche findet sich zum positiven Friedensbeitrag bereit und fordert die Menschen auf, gerade auf diese Weise zur Sicherung des Friedens beizutragen. Auch in der Kirche werden mehr und mehr Zweifel laut, ob die Bedingungen eines „gerechten Krieges“ überhaupt noch erfüllt werden können.

Friedensstrategie — kein Friedenskonzept

6. Die Kirche hat gerade in den letzten Jahren viele wichtige Ansätze einer positiven Friedensstrategie entwickelt (II. Vat. Konzil, *Pacem in terris*, *Populorum progressio* u. a.). Leider wurden diese nicht zu einem Friedenskonzept weitergeführt. In einem solchen Friedenskonzept wäre auch die Funktion des Soldaten zu formulieren. Im Konzept der Sicherheit der BRD nach innen und außen hat er seine klar umschriebene Aufgabe. Die Erklärung des ZdK-Beirates führt weder die Ansätze einer Friedensstrategie zu einem Friedenskonzept weiter noch beschreibt sie dafür die Funktion des Soldaten. Sie liefert lediglich eine einseitige Begründung des Wehrdienstes.

7. Die Erklärung läßt außer dem Hinweis auf kontrollierte Abrüstung jede Perspektive in die Zukunft vermissen. In der Epoche der „Entspannungspolitik“ und in der Zeit der Vorbereitung der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ wäre es für den Beirat eine lohnende Aufgabe gewesen, seine Vorstellungen zu Frieden und Sicherheit auf diesem Kontinent zu entwickeln.

Methoden gewaltloser Konfliktaustragung konkretisieren

8. Das gewaltlose Engagement für die Verbesserung der Gesellschaft hätte eine ausführlichere Darstellung verdient. Das christliche Prinzip der Gewaltlosigkeit bedarf immer noch der konkreten inhaltlichen Füllung für die politische Situation der Bundesrepublik Deutschland. Das II. Vatikanische Konzil ruft alle Christen auf, „sich mit allen wahrhaft friedliebenden Menschen zusammenzufinden, um den Frieden zu erleben und zu sichern“ (Pastoralkonstitution, Nr. 78). Zum Verzicht auf Gewaltanwendung und zur Kriegsdienstverweigerung sagt es: „Aus dieser Einstellung heraus können wir denjenigen unsere Anerkennung nicht versagen, die zur Durchsetzung von Rechten auf Gewaltanwendung verzichten und zu Mitteln der Verteidigung Zuflucht nehmen, die im übrigen auch den Schwächeren zur Verfügung stehen. Nur muß das ohne Verletzung von Rechten und Pflichten anderer oder der Gemeinschaft gegenüber möglich sein“ (Pastoralkonstitution, Nr. 78).

9. Der Satz: „Wer die Gewalt verabscheut und den Frieden will, muß Methoden ausarbeiten und ihnen zur allgemeinen Anerkennung verhelfen, die eine gewaltlose Austragung von Konflikten möglich machen“, hätte durch einen Hinweis ergänzt werden müssen, daß der Staat und die gesellschaftlichen Gruppen (auch die Kirche) sich einer solchen Verpflichtung nicht länger entziehen können.

Unzulässige Trennung ethischer und politischer Gründe

10. Der politische Beirat nennt einige politische Gründe für den Wehrdienst, während er bei den Kriegsdienstverweigerern ausschließlich „Gewissensgründe“ gelten läßt. Es wird immer unmöglich sein, Gewissensgründe und politische Gründe klar voneinander zu trennen. Politische Gründe können zugleich Gewissensgründe sein und umgekehrt. Sowohl Wehrdienst- als auch Kriegsdienstverweigerung müssen darum politisch und ethisch begründet werden.

Der Länderbericht

Armut und Anarchie

Zur politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Situation Boliviens

Putschgerüchte in den letzten Monaten, die sich dann als verfrüht erwiesen, lenkten das öffentliche Interesse wieder auf dieses Land, das mit bisher 187 Revolutionen oder Militärputschen den Rekord in Lateinamerika hält und dessen Wirtschaft die von allen Ländern des Subkontinents am wenigsten entwickelte ist. Bolivien, das aufgrund seiner Bodenschätze ein potentiell reiches Land ist, hat mit ca. 120 bis 150 Dollar im Jahr das niedrigste Brutto-Pro-Kopf-Einkommen unter den Ländern Lateinamerikas. Die notorische Unstabilität des Staatswesens und die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in Bolivien sind in erster Linie auf die desintegrierte Gesellschaft und das Fortwirken einer kolonialistisch geprägten iberischen Tradition zurückzuführen.

Eine Geschichte voller Gewalttaten

Bolivien, das frühere Ober-Peru, wurde 1532 als Teil des Inka-Reichs durch eine Gruppe von Spaniern unter dem Befehl von Francisco Pizarro erobert. Politisch lag Ober-Peru innerhalb der Audiencia de Charcas, die einen Teil des Vizekönigreichs Peru bildete; 1776 wurde Charcas dem neu eingerichteten Vizekönigreich Rio de La Plata angegliedert. Nach den Unabhängigkeitskämpfen zu Beginn des 19. Jahrhunderts erklärte das Land unter der Führung von General Antonio José de Sucre y Alcalá am 6. 8. 1825 seine Unabhängigkeit. Den Namen und auch die erste Verfassung erhielt es von seinem großen Befreier, *Simon Bolívar*, der der erste Präsident Boliviens

war. Die Verfassung, die Bolívar entwarf, sah die Wahl eines Präsidenten auf Lebenszeit vor und gab damit dem Land praktisch den Status einer Monarchie. Diese Verfassung erwies sich als völlig unpraktikabel, und Bolívar mußte bereits nach wenigen Monaten das Land verlassen. Auch sein Nachfolger, *Sucre*, der dem Land eine neue, realistischere Verfassung gab, wurde 1828 gestürzt und durch den Marschall *A. de Santa Cruz* ersetzt, der die Errichtung eines südamerikanischen Großreiches nach dem Vorbild des alten Inkareiches anstrebte und damit das Land in Kriege mit den Nachbarländern verstrickte. In den folgenden Jahrzehnten herrschte politische Anarchie. Von den 52 Präsidenten, die das Land in den ersten 125 Jahren seiner Unabhängigkeit regiert haben, konnten nur neun ihre Amtszeit abdiene. Zwischen 1825 und 1898 hat es in Bolivien nicht weniger als *zehn verschiedene Verfassungen und sechs Präsidentenmorde* gegeben. Diese eine „Tradition“ sollte auch im 20. Jahrhundert ihre Fortsetzung finden.

Drei große Kriege mit den Nachbarländern brachten dem Land schwere Gebietsverluste und einschneidende wirtschaftliche Nachteile. Durch Verletzung eines Handelsabkommens (Einführung eines Exportzolls für Salpeter) mit Chile geriet Bolivien von 1879 bis 1883 in den *Salpeterkrieg* (auch Pazifischer Krieg genannt). Bolivien, das mit Peru verbündet war, verlor diesen Krieg um die Salpeterlager in der Küstenprovinz Antofagasta und mußte das strittige Gebiet an Chile abtreten. Damit verlor Bolivien seinen einzigen Zugang zum Meer, ein Verlust, der durch die als Entschädigung von Chile angelegte Eisenbahnlinie von Arica nach La Paz nur kaum gemildert werden konnte. Einen weiteren Gebietsverlust erlitt Bolivien 1903 nach dem *Krieg mit Brasilien* um das durch seinen Kautschukreichtum bekannte Gebiet von *Acre* im Norden des Landes. Bolivien mußte das Gebiet im Vertrag von Petrópolis gegen eine Geldentschädigung an Brasilien abtreten.

Die schwersten Verluste erlitt Bolivien im *Chaco-Krieg* (1932—35) mit Paraguay um vermutete Erdölfelder in dem schon seit der Kolonialzeit umstrittenen Grenzgebiet. Bolivien verlor in diesem Krieg 80 000 Soldaten und im Frieden von 1938 auch den größten Teil des Chaco-Gebiets. Dieser Krieg, der das bolivianische Nationalbewußtsein völlig aushöhlte, wurde nicht nur zum Trauma einer ganzen Generation. Die finanziellen Belastungen durch den Krieg führten zum Zusammenbruch der Wirtschaft und in letzter Konsequenz zur Errichtung der Militärdiktatur. Boliviens Niederlage war vor allem eine Demütigung für die weiße Oberschicht, deren Politik zu dieser Katastrophe geführt hatte; sie bewirkte eine revolutionäre Veränderung in den Beziehungen von Weißen und Indianern. Arbeiterführer und Studenten entwickelten in dieser Zeit ein starkes politisches Bewußtsein, und in den Kreisen der jüngeren Offiziere wuchs der Widerstand gegen die Regierung. Unzufriedene Militärs und enttäuschte Intellektuelle gründeten die Partei *MNR* (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*), unzufriedene Landarbeiter und Bergarbeiter gründeten kommunistische Gruppen, aus denen später die Parteien PRIN (*Partido Revolucionario de Izquierda Nacionalista*) und die COB (*Central Obrera Boliviana*) entstanden.

Im Mai 1936 brachte ein Militärputsch Oberst *D. Toro* an die Macht, der ein etwas konfuse staatssozialistisches Reformprogramm verfolgte. Er enteignete 1937 die

Standard Oil Company, geriet dann mit der mächtigen Zinnindustrie in Konflikt und wurde nach einjähriger Regierungszeit durch einen Militärputsch gestürzt. An seine Stelle trat Oberst *G. Busch*, der eine neue liberale Verfassung schuf und das Sozialisierungsprogramm fortsetzte. Busch starb 1939 einen plötzlichen Tod — ungeklärt ist, ob es sich um Mord oder Selbstmord handelte —, die Armee setzte an seine Stelle den konservativen General *E. Peñaranda*. Im Jahre 1943 setzte eine Gruppe Intellektueller der MNR General Peñaranda ab und brachte Major *G. Villaroel* an die Macht, dessen Regime der Bevölkerung des Landes so verhaßt war, daß der Präsident bei einem Aufstand von Indianern und Mestizen im Juli 1946 an einem Laternenpfahl vor dem Regierungspalast in La Paz aufgehängt wurde. Mit ihm wurden einige seiner Minister ermordet, andere, unter ihnen *Victor Paz Estenssoro*, gingen ins Exil. Die MNR bestand im Untergrund weiter.

Ohne politische Stabilität

Während des Zweiten Weltkrieges, in dem Bolivien Deutschland und Italien den Krieg erklärt hatte (1943), erlebte das Land eine Phase wirtschaftlichen Aufschwungs. Die drei großen, von ausländischem Kapital getragenen Bergwerksgesellschaften, die seit 1899 die Zinnvorkommen des Landes ausbeuteten, erbrachten große Steuereinnahmen. Trotz sozialer Reformen wuchs die Unruhe unter den Minenarbeitern. Bei den *Präsidentenwahlen von 1951* siegte Paz Estenssoro als Kandidat der anti-kapitalistischen und proindianischen MNR, aber bereits am 16. 5. 1951 griff eine Militärjunta ein, die die Wahlen annullierte. Die Militärs ernannten General *Ballivián* zum Präsidenten, der von den sog. Zinnkönigen, den Familien Patino, Aramayo und Hochschild, beherrscht wurde. Bereits im *April 1952* brach eine von Teilen des bolivianischen Heeres unterstützte *Revolution des MNR* aus, die von dem Arbeiterführer *J. Lechín* (POR/Partido Obrero Revolucionario) und dem Vizepräsidentenkandidaten und späteren Präsidenten, *H. Siles Zuazo*, angeführt wurde.

In einer schnellen, blutigen Revolution (1500 Tote in 3 Tagen) gewannen die Arbeiter- und Bauern-Revolutionäre die Oberhand und übertrugen die Macht Paz Estenssoro. Die *MNR-Revolution* gilt nach der Revolution in Mexiko als die zweite „echte“ Revolution in Lateinamerika. Sie war nicht nur eine Machtverlagerung innerhalb der gleichen Schicht, sondern brachte tiefgehende soziale Umwälzungen. Das Revolutionsprogramm des Jahres 1952 umfaßte vier Punkte: die Verstaatlichung der *Zinnminen*, eine *Agrarreform*, die die traditionelle Herrschaft der Landoligarchie brach und der Gratisarbeit des *pongueaje*-Systems, nach dem sich die Landarbeiter als Gegenleistung für die Zuteilung einer kleinen Landparzelle zur Gratisarbeit für den Großgrundbesitzer an vier Tagen der Woche verpflichten mußten, ein Ende setzte, eine *Wahlreform*, die erstmalig das *Wahlrecht* auch Analphabeten — auch heute noch sind 68 % der bolivianischen Bevölkerung Analphabeten — zusprach und letztlich die Zerschlagung des Heeres, welches durch bewaffnete *Arbeiter- und Bauernmilizen* ersetzt wurde.

Die Problematik dieser Revolution bestand darin, daß sie „wie es jede Revolution tut, die eine frühere Ordnung zerschlägt, eine institutionelle Leere schuf. Die Geschwindigkeit der Veränderungen überschritt die Handlungs-

fähigkeit der Regierung. Es gelang ihr nicht, die alten Strukturen durch neue zu ersetzen. Diese Situation wurde durch Erscheinungen wie Schwarzmarkt, Korruption, mangelnde Disziplin im Arbeitsbereich, kurz, durch anarchistische Zustände in den Bergwerken und in den ländlichen Bereichen noch verschlechtert“ (vgl. *J. Agreda: Bolivien '69*, Löwen 1969, S. 60).

Die *Verstaatlichung der Zinnminen* brachte vom sozialen Standpunkt zwar eine Besserung der Zustände mit sich, die Zinnproduktion jedoch sank nach der Entschädigung der einheimischen Besitzer und der ausländischen Gesellschaften auf weniger als die Hälfte des bisherigen Produktionsvolumens. Der Anteil Boliviens, das vorher an zweiter Stelle in der internationalen Zinnproduktion gestanden hatte, sank auf 15% der Weltproduktion. Hinzu kam, daß sich die weiterverarbeitende Zinnindustrie im Ausland befand: in Liverpool, wo ein Teil des Gesellschaftskapitals den früheren Besitzern gehörte, sowie in Texas, wo man die zinnärmsten Erze verarbeitete und wo man die Betriebe wegen dauernder Verluste schließen mußte. Die Tatsache, daß der Bedarf an Zinn zum Ende des Koreakrieges stark zurückging und damit die Weltmarktpreise für Zinn zu fallen begannen, hatte eine schwere wirtschaftliche Krise in Bolivien zur Folge. Auch die *Agrarreform*, die zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche umfaßte, führte zu einem Produktionsrückgang, da die neuen Landbesitzer mangels technischer Vorbildung und fehlender Werkzeuge zu einer intensiven Bodennutzung nicht in der Lage waren. Heute ist die Landwirtschaft nur mit 23,7% am Bruttosozialprodukt beteiligt, obwohl 60% der erwerbstätigen Bevölkerung in diesem Wirtschaftszweig tätig ist. Die Lebensmittelversorgung der Städte ist gefährdet, und Bolivien muß Lebensmittel im Werte von 15% seines Gesamtbedarfs einführen.

Das Scheitern der beiden Reformen hatte eine starke Inflation und die Schwächung der Regierungspartei MNR zur Folge. Zudem wurde der wirtschaftliche und politische Druck von seiten des *Auslands* immer massiver, besonders während der Regierung von *H. Siles Zuaso* (1956—1960), der Paz Estenssoro nach seiner ersten Regierungsperiode ablöste. Auf den Rat der USA hin erfolgte eine *Stabilisierung der Währung*, die Verstärkung der Polizeikräfte und die *Schaffung einer neuen Armee*. In der Folgezeit sollte die Armee, die gegenwärtig den einzigen stabilen Machtfaktor darstellt, zum Schiedsrichter der jeweiligen politischen Konflikte werden (vgl. *Le Monde*, 24. 8. 1971). 1960 wurde Paz Estenssoro erneut zum Präsidenten gewählt.

Diese *zweite Regierungsperiode* war gekennzeichnet durch wachsende *Abhängigkeit* von den USA und starke politische Spannungen. Mit der Ablehnung eines wirtschaftlichen Hilfsangebots von seiten der Sowjetunion erregte Paz Estenssoro die Unzufriedenheit der Arbeiter- und Bauernschaft sowie bei den engagierten Studenten.

Nach seinem Bruch mit dem Gewerkschaftsführer und Vizepräsidenten Lechín war Paz Estenssoro auf die *Unterstützung* der Militärs angewiesen. Zwar ging er noch einmal im *Mai 1964* als Sieger aus den offenbar manipulierten Wahlen hervor, wurde aber bereits im November durch einen Militärputsch unter der Führung des Vizepräsidenten, General *R. Barrientos*, gestürzt, der das Land in den folgenden Jahren in einer Militärjunta, ab

1965 zusammen mit dem Ko-Präsidenten *A. Ovanda Candia* regierte. Barrientos, der sich im Gegensatz zur MNR auf die Bauernverbände stützte, geriet bei seinem Versuch der *Nationalisierung der Zinnminen* im Rahmen der sog. *Dreiecksoperation* (in Zusammenarbeit mit der US-Regierung, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der BRD) im Mai 1965 in einen schweren Konflikt mit den Bergarbeitern, der zur Ausweisung des Gewerkschaftsführers Lechín und zu verlustreichen Kämpfen zwischen Armee und Arbeitermilizen führte. So fanden in einer einzigen Nacht (Nacht von San Juan) 3000 Bergleute der Grube San Juan durch einen Fliegereinsatz der Armee den Tod.

Guerillakämpfe und Staatskrise

In seine Regierungszeit fiel auch der Versuch einer *Guerillagruppe unter Führung von Ernesto „Che“ Guevara*, in den südöstlichen Landesteilen Boliviens einen Partisanenkrieg, das sog. „zweite Vietnam“, zu entfachen. Diese Guerilla, die aufgrund ihrer strategischen Fehler, nicht zuletzt der Unkenntnis der geographischen Gegebenheiten des Landes und einer Fehleinschätzung der politischen Lage wegen, die zu ihrer Isolierung führen mußte, zum Scheitern verurteilt war (vgl. *Robert F. Lamberg: Die castristische Guerilla in Lateinamerika*, Vierteljahresberichte der *F.-Ebert-Stiftung*, SH. 7, Hannover 1971, S. 132 f.) wurde im Oktober 1967 mit amerikanischer Hilfe durch die Regierungstruppen zerschlagen und endete mit der Ermordung „Che“ Guevaras in bolivianischer Gefangenschaft. Am 21. 7. 1968 floh Innenminister *A. Arguedes* nach Chile und gab sich als Anhänger Castros zu erkennen.

Die folgende *Staats- und Regierungskrise* erschütterte die Position von Barrientos. Es bleibt fraglich, ob sich hinter dem Hubschrauberabsturz, durch den der Präsident am 27. 4. 1969 tödlich verunglückte, nicht ein politisches Attentat verbarg. Sein Nachfolger, der Vizepräsident *Siles Salinas*, wurde bereits am 26. 9. 1969 von General Ovanda Candia gestürzt. Dieser versuchte, ein außen- und wirtschaftspolitisch linksorientiertes Programm durchzusetzen, das die *Verstaatlichung amerikanischer Erdöl- und Bergbauunternehmen*, die Zusammenarbeit mit Peru und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR, Polen, DDR und Tschechoslowakei zum Ziel hatte. Seine Bereitschaft zu Kompromissen mit den konservativen Kreisen des Landes führte zu stärkeren Unruhen unter den Gewerkschaften und der Linken, die im Oktober 1970 in einen Militärputsch mündeten. Aus einem dreitägigen politischen Chaos, in dem drei Präsidenten und eine Militärjunta sich in der Regierung abwechselten, ging der linksorientierte General *J. Torres*, der von den jüngeren Offizieren der bolivianischen Armee unterstützt wurde, als Sieger hervor.

Nachdem dessen national-revolutionäre Regierung den Linkskurs (besonders alarmierend wirkte auf rechte Kreise die Einberufung einer „Volksversammlung“, der Versuch, die Arbeiter- und Bauernmilizen neu zu organisieren) sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Chile, Kuba und der Volksrepublik China verschärft hatte, wurde Torres am 23. August 1971 durch eine Junta rechtsorientierter Offiziere unter Oberst *Hugo Banzer Suárez* gestürzt, der gegenwärtig mit Unterstützung des MNR und der extrem rechten FSB (Falange Socialista

Boliviana), die sich in einem *Frente Popular Nacionalista* zu einer fragilen Koalition zusammengefunden haben, reagiert. Der Rechtsputsch führte nicht nur zur Rückkehr Paz Estensoros aus dem Exil, sondern statt zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu einer radikalen „Säuberungsaktion“ und zu extremen repressiven Maßnahmen, die nicht zuletzt die Spannungen zwischen der Regierung und der bolivianischen Kirche innerhalb des letzten Jahres verschärft haben.

Die wirtschaftliche Notlage

Die Verworrenheit und Instabilität der politischen Lage in Bolivien wird noch verständlicher vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation und der sozialen Verhältnisse dieses Landes. Bolivien ist mit einer Fläche von 1 098 581 km² und einer Einwohnerzahl von 4,68 Millionen (1968) das Land mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte (4,25 Einwohner pro km²) in Lateinamerika. Rassistisch gliedert sich die Bevölkerung in 53% Indianer, 32% Mestizen (cholos) und 15% Weiße. 30% der Bevölkerung leben in den Städten, 70% dagegen in ländlichen Gebieten. Bolivien gliedert sich in drei Regionen:

den *Altiplano* (16% der Gesamtfläche), Zentrum des Bergbaus, ein zentrales Hochplateau (4000 m) mit spärlicher Vegetation, auf dem 60% der Bevölkerung leben,

die *Yungas*, Flußniederungen am östlichen Cordillierenrand mit subtropisch feuchtem Klima und üppiger Vegetation; in diesem staatlich geförderten Neuansiedlungsgebiet (14% der Gesamtfläche) leben jedoch nur 10% der Bevölkerung,

die *Llanos*, das Savannenland im Osten (70% der Gesamtfläche) — darin das Chaco-Tiefland mit ungesundem Klima —, in dem 30% der Bevölkerung leben.

Nur 35,9% der Bevölkerung führt die Amtssprache Spanisch als Muttersprache; in den ländlichen Gebieten des Altiplano werden die Indiosprachen Quechua und Aymará gesprochen. Die Weißen, die sich durch den ausschließlichen Gebrauch der spanischen Sprache auszeichnen, bilden die führende Gesellschaftsschicht, und die zweisprachigen Mestizen die Mittelschicht, und die indianische Landbevölkerung, die auf der Entwicklungsstufe ihrer Vorfahren verharret, stellt die untere Schicht der Gesellschaft. 58% der Bevölkerung über 15 Jahre sind Analphabeten, und 1967 besuchten nur 39% der Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule. Die Statistiken (América en Cifras, Washington 1967) zeigen für Bolivien eine regelmäßige Alterspyramide der relativ jungen Population: 41,9% sind im Alter zwischen 0—14 Jahren, 55% im arbeitsfähigen Alter zwischen 14 und 65 Jahren und nur 3,1% im Alter über 65 Jahren. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 1965 bei 44 Jahren, die Bevölkerungswachstumsrate bei 2,4%.

Die Wirtschaft Boliviens ist nur in geringem Maße entwickelt; sie leidet an mangelnder Produktivität im Bereich der Landwirtschaft und des Bergbaus. Um die schwierige wirtschaftliche Situation des Landes zu kennzeichnen, wird oft das *Bruttosozialprodukt* genannt, das 1966 bei 600.— DM pro Kopf der Bevölkerung lag (zum Vergleich seien die Werte für Argentinien [2540 DM] und die BRD [8008 DM] genannt). Dem muß jedoch hinzugefügt werden, daß Bolivien in den letzten

Jahren das höchste wirtschaftliche Wachstum (ca. 20%) nach Venezuela aufweisen konnte und daß der bolivianische Peso zu den stabilsten Währungen des Subkontinents gehört. 1967 waren am Bruttoinlandsprodukt die Hauptwirtschaftszweige in dieser Verteilung beteiligt: Landwirtschaft 23,7%, Bergbau 5,1%, verarbeitende Industrie 12,3%, Bauwirtschaft 6,1%, Handel und Finanzen 11,9%, Regierung 9,2%. Die *Probleme der bolivianischen Wirtschaft* sind die eines typischen Entwicklungslandes: eine archaische Landwirtschaftsform, Kapitalmangel, Abhängigkeit vom Ausland durch einen dominierenden Exportartikel (Zinn), das Fehlen von Industrie, die ungünstige Verteilung der Bevölkerung und eine kaum entwickelte Infrastruktur.

Potentiell ein reiches Land

Bolivien bietet geographisch und klimatisch ideale Voraussetzungen für die *Landwirtschaft*. Gegenwärtig werden jedoch nur 6% der Gesamtfläche und 12% von den 25% der unmittelbar landwirtschaftlich nutzbaren Fläche bebaut. Mit Zucker, Fleisch, Kartoffeln und Obst kann die Selbstversorgung gedeckt werden. Eingeführt werden vor allem Weizen und Speisefette. Im begrenzten Umfang können seit einigen Jahren Kaffee, Zucker, Bananen, Zitrusfrüchte, Gummi und Paranüsse exportiert werden. Die 1953 eingeleitete Agrarreform hat jedoch keine wesentliche Steigerung der Erträge bewirken können. Ackerbau, Viehzucht und insbesondere die Forstwirtschaft sind in Bolivien noch in hohem Grade entwicklungsfähig.

Bolivien ist hinsichtlich seiner Bodenschätze vergleichsweise eines der reichsten Länder der Erde. Die Ausbeutung der *Zinnerzvorkommen* stellt den wichtigsten Sektor der bolivianischen Wirtschaft dar. Außerdem ist das Land reich an Wolfram, Wismut, Blei, Zink, Antimon, Kupfer, Eisen, Silber, Gold, Schwefel, Asbest und Salzen. Unter den geförderten Erzen nahm Zinn 1966 mit 70,7% des Gesamtexportwertes die erste Stelle ein. Im Bergbau sind 51 000 Arbeiter beschäftigt (4% der erwerbstätigen Bevölkerung). Die Verstaatlichung der Zinnminen, die seit 1952 von der Gewerkschaftszentrale der COMIBOL (Corporación Minera de Bolivia) verwaltet wird, brachte, wie bereits erwähnt, einen Produktionsrückgang, da sich die Gewerkschaften der technischen Führung der Betriebe nicht gewachsen zeigten. Hier soll der Dreiecksplan helfen, mit einer Gesamtinvestition von ca. 13 Mill. Dollar die notwendigen technischen Verbesserungen zu schaffen und den Aufbau einer weiterverarbeitenden Industrie zu ermöglichen.

Erwähnenswert ist auch die *Erdölproduktion*, die sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt hat. Einen Fehler der Regierung stellte 1960 die Verstaatlichung der amerikanischen Gulf Oil Company durch Präsident Oranda dar, die einen großen Anteil an der Förderung und Raffinierung des Rohöls sowie dem Bau von Pipelines hatte, da diese Maßnahme das Mißtrauen der ausländischen Handelspartner und eine erhebliche Kapitalflucht zur Folge hatte. Eines der größten Hindernisse für die Industrialisierung des Landes liegt in der *unzureichenden Energieversorgung*, die durch das Fehlen von Kapital keine Steigerung erfahren konnte.

Die bolivianische *Industrie* ist gegenwärtig noch eine reine Konsumgüterindustrie, in der Nahrungsmittel, Getränke-

und Textilindustrie mit Abstand die größte Bedeutung einnehmen (1966 betrug die Nahrungsmittelproduktion 15,2%, Getränkeproduktion 20,7%, Textilindustrie 23,2%, die Lederindustrie 11%, Tabakproduktion 9,3%. Chemische und pharmazeutische Industrie und Elektroindustrie machten dagegen nur jeweils 4% der Produktion aus). Der Gesamtproduktionswert belief sich 1967 auf etwa 300 Mill. DM. Die Zahl der Industriebetriebe betrug zu diesem Zeitpunkt 1522; hinzu kamen 883 Handwerksbetriebe. Die Zahl der Arbeiter wurde 1967 auf 125 000 geschätzt. Der allgemeine Mindestlohn wurde bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden auf 205 Pesos (65 DM) im Monat festgelegt. Aufgrund der unterentwickelten Landwirtschafts- und Industriestruktur ist Bolivien *auf den Import angewiesen*. Da aber der Großteil des Exports (1966: 86,1%) auf Mineralien entfällt, ist das Land stark von den Schwankungen der Weltmarktpreise abhängig.

Das Bedauerlichste an der bolivianischen Wirtschaft ist, daß ihr eine klare Konzeption und eine entsprechende Planung fehlt, da der von der MNR-Regierung entwickelte Zehnjahresplan für den Zeitraum 1962—1971 nicht realisiert werden konnte und auch kurzfristige Wirtschaftspläne sich in den letzten Jahren als unpraktikabel erwiesen (vgl. Agreda, S. 102). Diese fehlende Wirtschaftsplanung hat bedauerlicherweise zur Folge, daß die Entwicklungspolitik in wachsendem Umfang von den Einflüssen der internationalen Wirtschaftspolitik, namentlich der Wirtschaftsinteressen der USA abhängig geworden ist, die den vitalen Interessen des Landes selbst entgegenlaufen. Dies scheint um so gefährlicher für Bolivien, als die politische Gesamtlinie, insofern man in der bolivianischen Geschichte von einer solchen überhaupt sprechen kann, in den letzten Jahren eine rechtsgerichtete Tendenz annahm, die mit der Rechtsdiktatur Oberst Banzers im vergangenen Jahr voll zum Tragen gekommen ist.

Das Regime Banzer

Die jüngste Entwicklung Boliviens während der nun einjährigen Regierungszeit Oberst Banzers erlaubt keine positive Wertung des gegenwärtigen Regimes. Die Wirtschaftspolitik und das Entwicklungsprogramm dieser Regierung beschränkt sich auf bloße Parolen, wie „Den Notleidenden geben, ohne den Besitzenden etwas zu nehmen“, praktische Schritte im Hinblick auf eine Produktionssteigerung und die nötige Industrialisierung blieben bisher aus. Dies scheint um so erstaunlicher, als nach dem Rechtsputsch, der Banzer an die Regierung brachte, ein wahrer *Dollarregen* internationaler Provenienz (USA, Brasilien, Schweiz, BRD, UdSSR) (vgl. Bulletin d'Information 2 JOCI, Brüssel, Jan. 1972, S. 10 f.) in den verschiedenen Finanzierungsbereichen einsetzte.

Außenpolitisch haben sich in dieser Zeit die Bindungen an die USA und Brasilien verstärkt; mittlerweile ist es für die Weltöffentlichkeit kein Geheimnis mehr, daß die CIA und brasilianische Generäle entscheidend an dem von den reaktionären Kreisen in Santa Cruz vorbereiteten Sturz J. J. Torres beteiligt waren. Banzer hatte im August 1971 in seiner ersten Ansprache an das Volk erklärt: „Die Demagogie war unser tägliches Brot. Ich aber werde niemals das Volk belügen oder Versprechen geben, die ich nicht halten kann. Wir werden die Begriffe ‚Rechts‘ und ‚Links‘ aus unserem Wortschatz verbannen und nur noch von ‚Nationalismus‘ sprechen.“ Schon damals hatte Banzer

sein Interesse für die *Landbevölkerung* zum Ausdruck gebracht, worin implizit eine *arbeiterfeindliche Haltung* nach dem Vorbild von Barrientos enthalten war. Schon zu Beginn seiner Regierung brach diese Tendenz in Form von Serienverhaftungen der Gewerkschaftsführer überdeutlich durch.

Die Regierung Banzer konzentrierte bisher ihre ganze Kraft auf die *Innenpolitik*, indem sie mit unerbittlicher Gründlichkeit (bzw. Willkür) den „Krieg gegen die Roten“ oder, mit den Worten des Innenministers M. Zamora, die „Säuberungsoperation“ durchführte. Erst kürzlich bezeichnete Oberst Banzer seine Regierung deutschen Journalisten gegenüber als „*demokratisch, christlich und national*“ (vgl. SZ, 11. 7. 72), eine Aussage, die durch die innenpolitischen Vorgänge stark in Frage gestellt wird. Die Verfolgungskampagne, die sich gegen alle politischen Gegner, d. h. gegen alle, die in irgendeiner Weise mit der Regierung Torres in Verbindung standen, richtet, läßt den Verdacht aufkommen, daß der sog. Kampf gegen den Extremismus nicht so sehr die „Ruhe“ im Land aufrechterhalten, sondern vielmehr die gesamte *politische Opposition* ausschalten und zerschlagen soll, was kaum mit einer demokratischen Grundhaltung vereinbar ist. Wenn sich die Regierung Banzers als Erlöserin der Nation versteht und sich selbst mit dem Christentum identifiziert, so liegt der Bezeichnung „*christlich*“ eine simple Gleichsetzung mit „*anti-kommunistisch*“ zugrunde.

Hinzu kommt, daß jede Art von sozialem Engagement — damit auch die Versuche einer praktischen Anwendung der gegenwärtigen kirchlichen Soziallehre, namentlich der Texte von Medellín durch Priester und fortschrittliche christliche Gruppen — als „*kommunistisch*“ verstanden und entsprechend verfolgt wird. Etwa tausend Personen wurden bisher durch Verhaftung oder unfreiwilliges Exil aus dem politischen Leben des Landes entfernt. Die *Universitäten*, die als „rote Basis“ bezeichnet werden, sind seit einem Jahr geschlossen. Studenten und Professoren, Bauern, Arbeiter und Gewerkschaftsführer dieser Gruppen sind zur Zielscheibe des Regimes, zu den Opfern von Verhaftungen, Torturen und Erschießungen geworden, die ohne Einschaltung gerichtlicher Instanzen durchgeführt wurden. Hier erscheint es aufschlußreich für die herrschende Meinung in Bolivien, daß der frühere Präsident Paz Estenssoro, der der Regierung Banzers nahesteht, kürzlich in einem Gespräch mit Journalisten sagte: „Die *Menschenrechte* gelten in Bolivien für alle, mit Ausnahme derer, die den gewaltsamen Umsturz der Regierung planen“ (nach SZ, 11. 7. 72).

Gespanntes Verhältnis zur Kirche

Die *Säuberungsaktion* des Innenministers Zamora richtete sich erstmalig in verstärktem Maße auch gegen die Kirche. Zahlreiche Ordensleute und Priester wurden verhaftet. Der Bischof von Corocoro, *López de Lama*, protestierte vergeblich gegen wiederholte Haussuchungen in seiner Abwesenheit. Während die Hierarchie zu den ersten repressiven Maßnahmen der Regierung zunächst schwieg, kam es schließlich zu einer ersten Stellungnahme der bolivianischen Bischofskonferenz, die die Sorge der Kirche angesichts der Ungerechtigkeiten der politischen Verfolgung ausdrückt und von einer „*Kollektivschuld*“ der bolivianischen Gesellschaft spricht, von einer „*institutionalisierten Gewalt*“, deren Opfer die schweigende Masse

der Arbeiter und Bauern ist. Es schließt sich die *Forderung nach einer humaneren Staats- und Wirtschaftsform* an, die im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und damit in stärkerer Übereinstimmung mit dem Christentum stehen müsse (vgl. Mensaje, Februar 1972).

Noch schärfer protestierte die katholisch-protestantische Sozialbewegung ISAL (Iglesia y Sociedad en América Latina), von der sich die Bischöfe jedoch verschiedentlich distanziert haben. Sie kreideten dem Regime Banzer nicht nur Folterungen und die Verfolgung politisch Andersdenkender an, sondern wandten sich energisch gegen die Unterdrückung der Meinungs-, Presse- und Gewerkschaftsfreiheit. Deutlicher als die Bischöfe sprach die Gruppe um ISAL dem Regime jedes Recht ab, sich auf die Christlichkeit ihres Programms zu berufen (Mensaje, a. a. O.).

Mit dieser Stellungnahme und den noch konkreteren Protesten einzelner Bischöfe gegen Maßnahmen der Regierung, die die in der bisherigen Geschichte Boliviens respektierte *Immunität* (Asylrecht) kirchlicher Gebäude und Institutionen verletzen, gegen die Verhaftung und Ausweisung ausländischer Ordenspriester, über deren Motivation die Hierarchie keineswegs informiert worden war, hat sich in den letzten Monaten eine *schwere Krise zwischen Kirche und Staat* angebahnt. Angesichts dieser Krise löste die Erklärung des *päpstlichen Nuntius* Erzbischof G. Gravelli, der kürzlich auf einer Klerusversammlung betonte, die Kirche dürfe zwar ihre Stimme zur Verteidigung der Menschenrechte erheben, müsse sich aber von der Politik völlig fernhalten (Noticias Aliadas 2. 2. 72; vgl. Mensaje, ebd. S. 56), unter den Christen Boliviens eine gewisse Bestürzung aus. Nach Aussagen des Nuntius sind die Beziehungen zwischen Kirche und Staat nach wie vor „herzlich“. Doch der Realitätsgehalt dieser Erklärung muß ebenso sehr in Frage gestellt werden wie die Aussage des bolivianischen Staatssekretärs Gustavo Melgar: „Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat sind unverändert. Die Razzien und sonstigen Maßnahmen gegen Institutionen oder einzelne Mitglieder der Kirche bildeten einen Teil des Kampfes gegen den internationalen Kommunismus und wurden in *Übereinstimmung* mit den Bischöfen durchgeführt“ (NC News Service 25. 5. 72). Wenn man jedoch den Aussagen des Erzbischofs *Manrique* von La Paz oder von Kardinal *Maurer* von Sucre Glauben schenken darf, so entspricht dies wohl kaum der Wahrheit. Die bolivianische Kirche wird von ausländischen Beobachtern als die *einzig verbleibende Oppositionskraft* gegen die Regierung betrachtet, als die einzige Stimme, die sich in diesem Regime noch für die *Menschenrechte* einsetzen kann (vgl. Le Monde, 29. 1. 72 und NC News Service, 20. 3. 72). Die katholische Kirche nimmt aufgrund ihrer Tradition eine sehr bedeutende Stellung innerhalb des Landes ein, und eine weitere Radikalisierung der Krise zwischen Kirche und Staat von seiten des Regimes könnte die politische Machtstellung Banzers, der mit dem Mittel der Repression und mit Hilfe einer wenig stabilen Koalition regiert, nicht aber die bolivianische Bevölkerung hinter sich hat, schwer beeinträchtigen und möglicherweise seinen Sturz beschleunigen.

Die Hierarchie denkt um

Die katholische Kirche, die 1532 mit der Missionierung Ober-Perus begonnen hatte, seit der Unabhängigkeitserklärung mehrmals in Schwierigkeiten mit den häufig

wechselnden Regierungen geriet, bis vor kurzem jedoch in einem Patronatsverhältnis zu der Regierung stand, galt in der Mehrzahl der bisherigen Verfassungen als Staatsreligion. Die zur Zeit geltende modifizierte Verfassung von 1947 bestimmt, daß „der Staat und die katholische, apostolische und römische Religion anerkennt und unterstützt, bei Freiheit öffentlicher Religionsausübung jeder anderen Religion“ (zit. nach Pro Mundi Vita, 8/1965, S. 28). Gegenwärtig gehören etwa 94% der Bevölkerung der katholischen Kirche an. Besonders bei der indianischen Bevölkerung ist der christliche Glaube durch eine *eigenartige Mischung von spanischem Katholizismus und alten heidnischen* Gebräuchen gekennzeichnet. Bolivien hat gegenwärtig 16 kirchliche Territorien, von denen sechs apostolische Vikariate sind. Ein Problem der bolivianischen Kirche ist das Mißverhältnis zwischen der Zahl von bolivianischen und ausländischen Priestern; erschwerend kommt hier hinzu, daß sowohl bei den Weltpriestern als auch den Ordenspriestern 23 verschiedene Nationalitäten vertreten sind. 1969 waren 78,4% (716) der Priester Ausländer. In der Hierarchie dagegen waren die Bolivianer mit 31,8% etwas stärker vertreten (vgl. Agreda, 48 f.). Das Verhältnis der Priester zur Einwohnerzahl betrug in diesem Jahr 1 : 4000.

Während der Regierungszeit der MNR in den fünfziger Jahren gelangte die katholische Kirche, die eine *positive Haltung zur Agrarreform* einnahm, obwohl sie selbst dadurch starke materielle Verluste erlitt, zu wachsendem Ansehen und erreichte durch ihre deutlich soziale Haltung die Anerkennung der Regierung. 1957 wurde in La Paz ein Übereinkommen zwischen dem Vatikan und der bolivianischen Regierung zugunsten der Missionen unterzeichnet, das eine enge Zusammenarbeit von Kirche und Staat in den Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Integration vorsah. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchlebt die katholische Kirche in Bolivien wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas auch eine innere Bewußtseinskrise. Auch hier ist die katholische Kirche lange Zeit die Religion der privilegierten Oberschicht gewesen, und noch im vergangenen Jahr fanden die gutsituierten Kreise in Santa Cruz, von denen der Rechtsputsch Banzers teilweise initiiert war, die Unterstützung eines Teils der Hierarchie. Um so stärker aber ist die Verwirrung und die *Gewissenskrise in den progressiven Gruppen des Klerus*, die sich in den letzten Jahren klar für die Anwendung der Soziallehre der Kirche in den Texten des Vatikanischen Konzils und der Konferenz von Medellín eingesetzt haben und die nun von der Regierung Banzers als „subversive Elemente“ und „Anhänger der Guerilla“ verleumdete und verfolgt werden. Gegenwärtig gilt es für die bolivianische Kirche, neue Wege zu finden, um einerseits die innerkirchliche Krise zu überwinden, andererseits aber, um eine positive Veränderung der katastrophalen innenpolitischen Situation Boliviens zu erwirken.

Literatur: J. Agreda: *Bolivie '69*, Louvain 1969; E. Finot: *Nueva historia de Bolivia. Ensayo de interpretación sociológica*. La Paz, 1964 (3. Aufl.); R. F. Lamberg: *Die castristische Guerilla in Lateinamerika* (Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1971, Sonderheft 7); G. Maurer/P. Molt: *Lateinamerika. Eine politische Länderkunde*, Berlin 1968; M. Niedergang: *20mal Lateinamerika*, München 1963; H. Osborne: *Bolivia. A Land divided*. London 1963; H. F. Russel: *Latin America. A panorama of contemporary politics*. New York 1971 (Bolivia: S. 424 ff.); J. W. Wilkie: *The Bolivian Revolution and US Aid since 1952*, Los Angeles 1969; Secretariado Nacional de Planificación: *Bolivia en Cifras*, La Paz 1967; *Bolivia. Election Factbook*, July 3 1966; Washington 1966.